

Gegen die europäische Urheberrechtsreform!

Von REVOLUTION Austria

Die geplante Reform des europäischen Urheberrechts hat, wie kaum ein anderes Thema auf europäischer Ebene zuvor, ungemein polarisiert. Am Samstag gingen europaweit Menschen auf die Straße um gegen die Reform zu protestieren. Allein in Deutschland waren über 160.000 Menschen auf der Straße und auch in Österreich waren es mehrere Tausend, die ihre Wut auf den Straßen Ausdruck verliehen. Die Situation spitzt sich aber weiter zu, denn am Dienstag soll die finale Abstimmung im europäischen Parlament stattfinden, die wegweisend sein wird für die Entwicklung des Internets. Doch worum geht es in der Urheberrechtsreform und vor allem wieso stellt sie einen großen Angriff auf das Internet dar?

Der Protest richtet sich vor allem gegen Artikel 11 und Artikel 13 der europäischen Urheberrechtsreform. Artikel 11 bzw. das Leistungsschutzrecht für Presseverleger*innen sieht vor, dass jegliche Nutzung und Verbreitung von Bild- und Pressematerial nur mit Lizenz der jeweiligen Presseverleger*innen möglich sein soll. Selbst kleinere Textausschnitte wie die Vorschautexte, die bei Links angezeigt werden, wären laut dem aktuellen Entwurf nicht mehr ohne Lizenz nutzbar. Während die Idee dahinter ist, dass News-Aggregatoren wie bspw. Google News stärker zur Kassa gebeten werden, unterscheidet der Entwurf nicht ob es sich um eine kommerzielle Nutzung und Verbreitung handelt oder nicht. Selbst kleinere Seiten und Privatpersonen dürften dann nicht mehr auf sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter und dergleichen zu Presseartikel verlinken, zumal diese ja wiederum Vorschautexte enthalten und damit eine Verletzung des Urheberrechts darstellen. Nicht nur zeigen ähnliche Gesetze, wie es sie schon in Deutschland und Spanien gibt, dass lediglich größere Verlage davon profitieren während gleichzeitig kleinere Verlage durch die geringere Sichtbarkeit systematisch verdrängt werden, würde es auch letztlich zu einer Konzentrierung von Informationen auf große Konzerne wie Google bedeuten,

da diese zu den wenigen gehören, die die finanziellen und technischen Ressourcen haben um den Anforderungen von Artikel 11 zu entsprechen. Vor allem stellt das aber auch einen immensen Angriff auf die Informations- und Meinungsfreiheit im Netz dar, der klar abzulehnen ist.

Artikel 13 wiederum sieht vor, dass größere Netzwerke wie bspw. YouTube haftbar gemacht werden, sobald auf ihren Plattformen Urheberrechtsverletzungen stattfinden. Dementsprechend müssen sie bereits vor dem Upload von Bildern, Musik, Videos etc. kontrollieren ob es sich bei diesen um Urheberrechtsverletzungen handelt. Mit anderen Worten heißt das nichts anderes als die Implementierung von Upload-Filtern. Zwar wurde der Begriff Upload-Filter nach Protesten aus dem Entwurf entfernt, aber eine andere technische Möglichkeit gibt es aktuell nicht, die riesigen Mengen an Daten im Voraus auf Urheberrechtsverletzungen zu kontrollieren. Zudem können Upload-Filtern kaum unterscheiden in welchem Kontext urheberrechtlich geschütztes Material genutzt wird - Journalistische Aufarbeitung, Reviews, Satire etc. (die laut dem Entwurf zwar weiterhin erlaubt sein sollen) wären auch betroffen, da aktuelle künstliche Intelligenzen wohl kaum unterscheiden können wie das Material genutzt wird. Einfacher gesagt: Wie soll ein Computer zwischen Humor und Satire unterscheiden, wenn schon Menschen im Internet übliche Memes nicht immer verstehen. Die Kritik ist eine ähnliche wie bei Artikel 11. Auch wenn Großkonzerne wie YouTube sicherlich großen Schaden davonnehmen, weil sie weitaus weniger Content anbieten können, wird Artikel 13 zu einer stärkeren Monopolisierung führen. Kleinere Plattformen, die die technischen Mittel nicht besitzen, wären auf Technologien von Großkonzernen angewiesen und auch kleinere Medienschaffende selbst hätten letztlich weitaus weniger Mittel um kreative Inhalte zu produzieren. Junge Menschen, die wenig finanzielle Mittel haben um überhaupt an Lizenzen heranzukommen, werden damit auch fast komplett ausgeschlossen. Auch wenn oft mit kleinen Kunstschaaffenden, deren Inhalte auch geschützt werden sollte, argumentiert wird, ist klar, dass Großkonzerne und ohnehin schon berühmte und stinkreiche Stars am meisten von einem strengeren Urheberrecht profitieren.

Seitdem die EU-Kommission den Entwurf zur Urheberrechtsreform vorgestellt hat, hagelt es an Kritik. Die europaweit größte Petition überhaupt mit über 5 Millionen Unterschriften zur Abschaffung von Artikel 11 und 13 zeigen dies mehr als deutlich. Selbst das deutschsprachige Wikipedia hat für einen Tag seinen Dienst eingestellt um auf die Kritik an der Urheberrechtsreform zu verweisen. Die Reaktion der EU-Politiker*innen zeigen aber auch deutlich wie fern sie der Lebensrealität der meisten Menschen stehen und wie wenig demokratisch dieser ganze Prozess ist. Politiker*innen wie der federführende Axel Voss (CDU), die in Interviews ständig zur Schau stellen, wie wenig Ahnung sie vom Internet haben, entscheiden fern jeglicher demokratischer Kontrolle – Profitinteressen und Lobbyarbeit stehen dabei mehr als deutlich im Vordergrund. Die Kritik wird reduziert auf angebliche Bots, die die Petition unterschrieben hätten, genauso wie junge Menschen, die größtenteils den Protest tragen, abgesprochen wird eine eigene politische Meinung zu haben und kaum ernst genommen werden.

Als Kommunist*innen lehnen wir das Urheberrecht bzw. den Besitz an geistigem Eigentum, ähnlich wie den privaten Besitz an Produktionsmittel, ab. Informationen, Ideen, Kunst, Musik, Videos etc. müssen frei von Besitzansprüchen der breiten Masse zugänglich sein. Anstatt zu argumentieren, dass Künstler*innen und Medienschaffende ihr geistiges Eigentum schützen müssen um zu überleben bzw. auch weiterhin ihrer Arbeit nachgehen zu können, müssen alle Menschen den Zugang haben, Kunst und Medien unabhängig von finanziellen Sorgen frei schaffen zu können. Dies ist aber nicht möglich ohne die Eigentumsverhältnisse und die allgemeine Wirtschaftsweise, sprich den Kapitalismus in Frage zu stellen. Künstlerische und kreative Freiheit kann erst dann komplett erblühen, wenn sie sich von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise entledigt. Daher ist für uns klar, dass der Kampf dafür mit dem Kampf gegen den Kapitalismus einhergehen muss.

GEMA-Reform: Ein Angriff auf unsere Jugendkultur



„Es tut uns leid“? Zynische Sperrung von Musik auf Youtube durch die GEMA. Nun will die GEMA auch die Clublandschaft „sperrn“.

„Dieses Video ist in Deutschland leider nicht verfügbar, da es möglicherweise Musik enthält, für die die erforderlichen Musikrechte von der GEMA nicht eingeräumt wurden.“ Jeder kennt das und es nervt. Jetzt hat die GEMA neue Tarifreformen für das neue Jahr angekündigt. Es ist Zeit den Widerstand zu organisieren, bevor es zu spät ist.

Ab dem 1. Januar 2013 will die GEMA eine neue Tarifstruktur im Veranstaltungsbereich zur Anwendung bringen. Zwei Tarife (für Livemusik und für Tonträgermusik) sollen künftig insgesamt elf Tarife ersetzen. Die Folge sind Preisanstiege um 560%, welche viele Veranstalter in Berlin nicht bezahlen werden können. So müsste zum Beispiel ein kleiner Berliner Szeneclub mit 120 Quadratmetern, der dreimal in der Woche veranstaltet, und dabei sechs Euro Eintritt nimmt, ab 2013 im Jahr 42.865,06 Euro an Gema-Gebühren abführen. Nach aktueller Berechnung sind es 7.193,06 Euro.



Widerstand gegen die Gema jetzt organisieren!

Die Folge wird sein, dass viele Clubs und Musikbars schließen müssen und Arbeitsplätze zerstört werden. Clubs werden durch einen erhöhten Eintritt ein Feiervergnügen der Reichen werden und eine Clubkultur wird sterben.

Die Betreiber von Berliner Clubs, wie dem K17, S036 und des Berghains gehen davon aus, dass ihre Partys nicht mehr finanzierbar sein werden, wenn die Reformen durchkommen. Schlimm genug sind die Tarife jetzt schon. Es gibt Regelungen für die Verwendung von Musik in Kurorten, Clubs, Konzerten, in Gottesdiensten, in Erotiklokalen, Friseursalons, Narrenvereinigungen, Flugzeugen, in Telefonwarteschleifen und ja sogar bei Bestattungen. Die GEMA will selbst von den KITAS einen jährlichen Beitrag, wegen der Nutzung der Kinder von Musik, Malsachen und Liedern der Märchen von Disney und co. haben.

Die Gema, eine Einrichtung, die „Nutzungsrechte“ von Komponisten, Textdichtern und Verlegern von Musikwerken vertritt, hatte 2010 einen Umsatz von 863,0 Mio. Euro, wovon 299,7 Mio. Euro an die Mitglieder verteilt wurden. Die Chefs decken sich, bis in die Pension hinein, mit fetten Gehältern im 5 stelligen Bereich ein.

REVOLUTION fordert nicht nur eine Rücknahme der geplanten GEMA-Reformen. Die Ursache und Gegenstand der Diskussionen, das Urheberrecht, muss abgeschafft werden, damit jede_r in den Genuss der Musik kommen kann. Ein Künstler, Musiker oder Autor darf mit seinen Werken keine Geldeintreiberei betreiben. Das Urheberrecht schränkt andere Individuen in ihrer künstlerischen Freiheit ein und ermöglicht die korrupte Vermarktung der Musik, Kunst und Kultur durch Kapitalist_innen. 

- Zerschlagt die GEMA - keine privatwirtschaftliche Halsabschneiderei.
- Kunst-und Kulturindustrie unter demokratische Kontrolle der Künstler_innen und Konsument_innen!
- Offenlegung von allen Geheimverträgen und Geschäftsbüchern der Kunstindustrie!
- Kostenlose und uneingeschränkte Nutzung von Musik und anderen Werken für jede_n!
- Verpflichtender Nachweis von Quellen und angemessene Bezahlung der Künstler_innen, bestimmt durch Komitees der Konsument_innen und Künstler_innen!
- Abschaffung des geistigen Eigentums - Weg mit Urheberrecht und

Patenten!

Ein Artikel von Michel Sauer, REVOLUTION-Berlin